

# INFORMATION

zum Mediengespräch

mit

**Landesrat  
Michael Lindner**

am

Mittwoch, den 12.04.2023, um 10:30 Uhr

zum Thema

**Jugendschutz auf der Höhe der Zeit:  
Präsentation der Ergebnisse zur Beteiligung**

## Impressum

Medieninhaber & Herausgeber:  
Amt der Oö. Landesregierung  
Direktion Präsidium  
Abteilung Presse  
Landhausplatz 1 • 4021 Linz

Tel.: (+43 732) 77 20-11412  
Fax: (+43 732) 77 20-21 15 88  
landeskorrespondenz@ooe.gv.at  
www.land-oberoesterreich.gv.at

**Landesrat Michael Lindner:**

**„Die überwiegend positiven Rückmeldungen bestärken uns darin, dass wir mit dem neuen Jugendschutzgesetz auf einem guten und richtigen Weg sind!“**

Das Jugendschutzgesetz tritt aufgrund einer sogenannten Sunset-Klausel mit Ende des Jahres 2023 außer Kraft. Jugendschutz-Landesrat Mag. Michael Lindner ist es in erster Linie wichtig jene, in den Gesetzwerdungsprozess einzubinden, die das Jugendschutzgesetz letztendlich betrifft: Junge Oberösterreicher/innen und deren Erziehungsberechtigte. Neben einem breit angelegten Beteiligungsprozess, in dem gezielt jene Altersgruppen befragt wurden, die von etwaigen Änderungen betroffen sind, wurde der bisherige Gesetzwerdungsprozess über die Monate hinweg mit voller Transparenz gestaltet. Landesrat Lindner bedankt sich für die gute Vorbereitung und enge Zusammenarbeit bei den zuständigen Fachabteilungen – insbesondere bei Mag.<sup>a</sup> Christa Pacher, die vor allem den Beteiligungsprozess koordinierte, sowie bei Mag.<sup>a</sup> Claudia Humer, die für den Gesetzesentwurf verantwortlich ist.

Lindner wird am Montag in die Oö. Landesregierung einen Gesetzesentwurf für das neue Oö. Jugendschutzgesetz zur Vorlage an den Oö. Landtag einbringen – danach startet die parlamentarische Debatte. Im Gesetzesentwurf eingearbeitet wurden auch bereits Anmerkungen aus den Stellungnahmen, die im Zuge der Begutachtungsphase eingetroffen sind. *„Dank der gewissenhaften und monatelangen Vorbereitung kann ich dem Landtag nächste Woche einen gut ausgearbeiteten Gesetzesentwurf vorlegen. Ich freue mich auf die bevorstehende parlamentarische Debatte und bin überzeugt davon, dass der Landtag spätestens im Herbst ein neues und gutes Oö. Jugendschutzgesetz beschließen wird“*, so Landesrat Lindner.

## Beteiligungsprozess im Detail: Zweidrittel der Befragten für Angleichung der Ausgehzeiten an die anderen Bundesländer

Im Zuge des breit angelegten Beteiligungsprozesses wurden Jugendliche, Eltern und die Oö. Jugendorganisationen mittels unterschiedlichster Methoden befragt und erreicht. Jugendliche wurden als Expert/innen für ihre Lebenswelten am Novellierungsprozess beteiligt – damit wurde ihnen die aktive Mitgestaltung ermöglicht. „Ziel war und ist, ein ganzheitliches Bild zu bekommen – auf der einen Seite wollten wir natürlich die Eltern und Jugendlichen zu den geplanten Änderungen befragen. Genauso wichtig war es uns aber auch, mit diesem Prozess über das Jugendschutzgesetz zu informieren. Das ist uns gelungen“, ist Landesrat Lindner überzeugt.

Durch die Beteiligungsmaßnahmen konnten Antworten von **4.051 Jugendlichen und 1.911 Eltern** ausgewertet werden. Zusätzlich wurden auch alle Mitglieder des Oö. Landesjugendbeirates umfassend über die Novellierung informiert und konnten sich intensiv in den Gesetzwerdungsprozess einbringen.

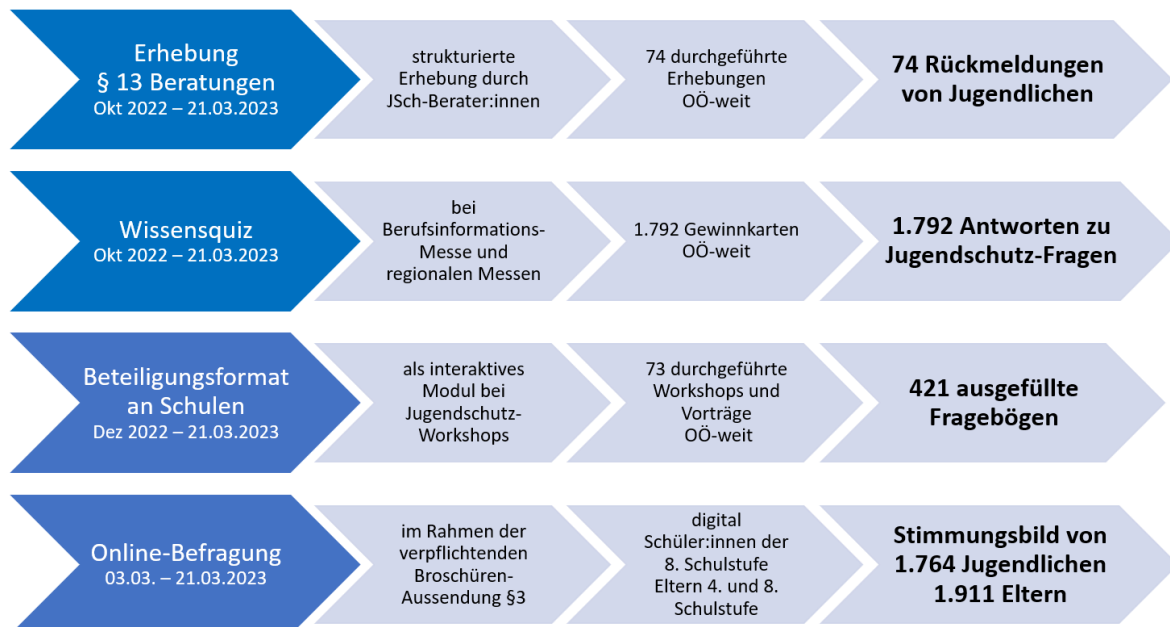


Abbildung 1 Ergebnisse aus dem Beteiligungsprozess, Abteilung Gesellschaft, Gruppe Jugend, Land Oö

- **Online Befragung von Jugendlichen und Eltern**

Den größten Teil des Beteiligungsprozesses bildete eine Online-Umfrage an Eltern und Jugendliche im März 2023 – Schüler/innen der 8. Schulstufe und Eltern der 4. und 8. Schulstufe wurden zu den geplanten Änderungen des Jugendschutzgesetzes informiert und zur Teilnahme eingeladen. Insgesamt konnten so **1.764 Jugendliche und 1.911 Eltern** befragt werden. Die Online-Umfrage wurde mittels QR-Codes im Rahmen der verpflichtenden Broschüren-Aussendung, die zweimal jährlich stattfindet, an die Eltern und Jugendlichen verteilt.

Das geplante **Verbot von rauchbaren CBD-Produkten** sehen 72 % der Jugendlichen als Verbesserung für den Jugendschutz, bei den Eltern sind es 82 %. Zustimmung gibt es auch bei der Frage nach dem **geplanten Verbot von tabakfreien Nikotinbeuteln** für unter 18-Jährige: 73 % der Jugendlichen sprechen sich für ein Verbot aus, bei den Eltern sind es sogar 94 %. Die **Angleichung der Ausgehzeiten** hält der Großteil der Befragten für sinnvoll – knapp 65 % der Eltern (4. und 8. Schulstufe) und 71 % der Jugendlichen (8. Schulstufe) sprechen sich für eine Vereinheitlichung aus (Abb. 2).

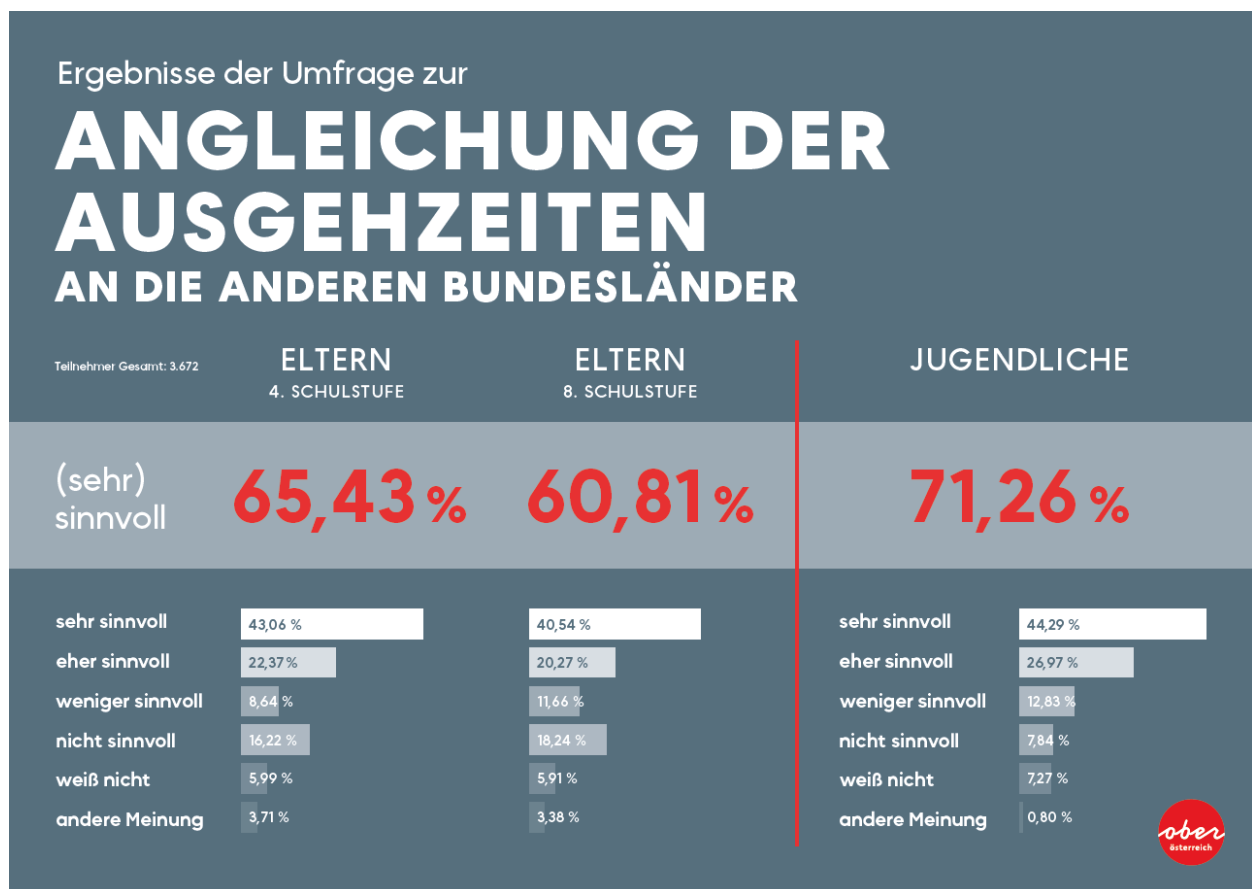


Abbildung 2: Ergebnisse Online-Umfrage Eltern und Schüler/innen, Erhebung: Abteilung Gesellschaft, Land OÖ

- **Strukturierte Erhebung im Anschluss an §13 Jugendschutz-Beratungen**

Nach Übertretungen des Jugendschutzgesetzes gibt es bereits nach der derzeitigen Gesetzeslage eine Aussprache der Kinder und Jugendlichen mit Berater/innen des Jugendservices. Jugendliche sollen die Gelegenheit haben, das Geschehene zu reflektieren. Ziel ist zudem, mehr Bewusstsein für die Bestimmungen des Oö. Jugendschutzgesetzes zu schaffen und im Idealfall führt die Beratung zu einer Änderung des (Konsum)Verhaltens des Jugendlichen. *„Beratung vor Strafe lautet hier die Devise – daran wird sich auch im neuen Jugendschutzgesetz nichts ändern“*, klärt Lindner auf. Insgesamt wurden zwischen Oktober 2022 und März 2023 74 Beratungen durchgeführt. Eine der Fragen betraf die Angleichung der Ausgehzeiten – **89 % der Jugendlichen aus den §13 Beratungen sprachen sich für eine Vereinheitlichung der Ausgehzeiten** aus.

- **Wissensquiz für Jugendliche**

Bei den Berufsinformationssessen wurden Jugendlichen zwischen Oktober 2022 und März 2023 Fragen über das Oö. Jugendschutzgesetz gestellt. Um mehr junge Menschen zu erreichen, wurden im Zuge der Beteiligung Preise verlost. Insgesamt konnten bei der Berufsinformationssmesse in Wels sowie bei regionalen Berufsmessen 1.792 Jugendliche erreicht und befragt werden.

- **Beteiligungsformat an Schulen**

Im Rahmen der bereits bestehenden Jugendschutz-Workshops für die Mittelschule und Berufsschule (7. bis 11. Schulstufe) wurden zwischen Dezember 2022 und März 2023 Fragebögen an Jugendliche ausgeteilt. Insgesamt konnten in 74 Workshops in ganz Oberösterreich 421 Fragebögen ausgefüllt und ausgewertet werden.

Hier wurden die Jugendlichen unter anderem darüber informiert, dass im Zuge der Novellierung des Oö. Jugendschutzgesetzes **rauchbare CBD-Produkte und tabakfreie Nikotinbeutel erwähnt und verboten werden sollen. 46 % der Jugendlichen finden ein Verbot gut, lediglich 13 % sprechen sich dagegen aus – der Rest hat dazu keine Meinung. Für ein einheitliches Jugendschutzgesetz für ganz Österreich sprechen sich hingegen 82 % der Schüler/innen im Zuge der Workshops** aus.

- **Einbindung des Oö. Landesjugendbeirates**

Bei der Sitzung des Landesjugendbeirates im März 2023 wurden die oberösterreichischen Jugendorganisationen umfassend über die aktuelle Novellierung des Oö. Jugendschutzgesetzes informiert. In sogenannten „World-Cafés“ konnten sich die Teilnehmer/innen mit Expert/innen aus den jeweiligen Fachabteilungen über die Inhalte des Gesetzesentwurfs austauschen und diskutieren. *„Der Landesjugendbeirat unterstützt auf landespolitischer Ebene die Anliegen junger Menschen und bildet damit eine wichtige Schnittstelle zwischen Politik und Jugend. Die Sitzungen sind ein wichtiges Forum für mich als Landespolitiker, um mich mit den Jugendorganisationen auf Augenhöhe austauschen zu können und gemeinsam die besten Ideen für unsere Jugend zu entwickeln“*, so Jugendschutz-Landesrat Michael Lindner.

Neben der Diskussion über das Gefährdungspotential von Nikotinbeuteln im Vergleich zu herkömmlichen Zigaretten, wurde auch im Landesjugendbeirat über die Angleichung der Ausgehzeiten an die anderen acht Bundesländer diskutiert – mit einem ähnlichen Ergebnis wie bei anderen Fragemethoden: **Auch hier sprachen sich Zweidrittel (71%) für eine Angleichung der Ausgehzeiten** aus.

## **Begutachtungsphase: 20 Stellungnahmen eingelangt**

Im Zuge der Begutachtungsphase war es möglich – egal ob als Organisation oder Privatperson – Stellungnahmen zum vorgeschlagenen Gesetzesentwurf einzubringen. Insgesamt sind im Zuge der Begutachtungsphase 20 Stellungnahmen eingetroffen. **15 davon beziehen sich auf die Anpassung der Ausgehzeiten – 11 davon sprechen sich klar für eine Harmonisierung aus, 4 dagegen.** Die Stellungnahmen sind nach Einbringen des Gesetzesentwurfs in die Regierung (Montag, 17. April) für alle öffentlich zugänglich. Auf Wunsch von LR Lindner wurden diese aber auch schon im Vorfeld allen Landtagsklubs zur Verfügung gestellt. Landesrat Lindner spricht sich klar für einen transparenten Gesetzwerdungsprozess aus: *„Wir haben schon heute Vormittag zu einem ersten informellen Treffen eingeladen, um alle Landtagsklubs bereits im Vorfeld der parlamentarischen Debatte über die Ergebnisse des Beteiligungsprozesses zu informieren. Bereits in meiner Zeit als Parlamentarier habe ich mich immer für einen transparenten Gesetzwerdungsprozess stark gemacht. Daher ist es mir wichtig, dass alle Landtagsklubs gleichzeitig auf dem gleichen Wissenstand sind. So können wir eine faire und offene Debatte im Landtag sicherstellen“*, ist Landesrat Lindner überzeugt.

Der Großteil der eingelangten Stellungnahmen betrifft formale Änderungsvorschläge – diese wurden bereits von der zuständigen Fachabteilung und dem Verfassungsdienst des Landes OÖ gesichtet und teilweise eingearbeitet.

*„Die überwiegend positiven Rückmeldungen bestärken uns darin, dass wir mit diesem Gesetz auf einem guten und richtigen Weg sind! Eine Angleichung der Ausgehzeiten schafft Klarheit: Für die Jugendlichen, Eltern und Gemeinden. Denn: Oberösterreich ist weder gefährlicher als andere Bundesländer, noch sind die Jugendlichen und ihre Eltern in unserem Bundesland verantwortungsloser!“,* so Lindner abschließend.